

# GROSSER RAT

Junisession 2023

## **Kommissionsauftrag KUVe betreffend erhebliche Beschleunigung von Rechtsmittelverfahren (Erstunterzeichner Wilhelm)**

Bei Bauprojekten aller Art gibt das Risiko von langjährigen Verfahren aufgrund von Einsprachen und Beschwerden immer mehr Anlass zur Sorge. So können sich wichtige private und öffentliche Bauvorhaben, etwa zur Schaffung von genügend Erstwohnraum oder zur Produktion erneuerbarer Energie etc., teilweise über mehrere Jahre verzögern und/oder erheblich verteuern. Durch die lange Dauer von Rechtsmittelverfahren werden Einsprachen und Beschwerden immer häufiger mit dem Ziel der Verzögerung oder von Nachbarn zur Erzielung finanzieller Abgeltung ergriffen. Damit wird der eigentliche rechtsstaatliche Zweck der Verfahren unterlaufen und wichtige Investitionen in den Bereichen Bau, Verkehr, Umwelt und Energie werden gehemmt.

Die KUVe anerkennt aus rechtsstaatlicher Sicht die Notwendigkeit der gerichtlichen Überprüfung von Raumplanungs- oder Bauentscheiden. Dies nicht zuletzt zum Schutz vor behördlicher Willkür und zur Sicherstellung der Einhaltung bestehender Gesetze. Allerdings ist es vor dem Hintergrund einer wirksamen Raumplanung und der volkswirtschaftlichen Entwicklung von grösster Wichtigkeit, dass die entsprechenden Verfahren so rasch als möglich zu einer Klärung der Rechtslage beitragen.

Aus diesen Gründen scheint es aus Sicht der KUVe zentral, dass die Zeitdauer der Rechtsmittelverfahren deutlich verkürzt wird. Dazu sollen prozessuale Massnahmen wie die Einführung (wo noch nicht vorhanden), Verkürzung (wo nicht bereits Mindestfristen gelten) oder Wirkungsverschärfung von Fristen für Parteien, Behörden und Gerichte, die Beschränkung des Schriftenwechsels, der Erlass einschränkender Vorgaben für Rechtsschriften, die Beschleunigung von Verfahren in klaren Fällen, aber auch organisatorische Massnahmen an den Gerichten wie z. B. die Einführung eines Spezialgerichts oder die Erhöhung der Ressourcen etc. geprüft und umgesetzt werden.

Die KUVe ist der Ansicht, dass die deutliche Verkürzung der Verfahren einen grossen volkswirtschaftlichen Nutzen hat, welcher notwendige Investitionen in schnellere Verfahren legitimiert. Klare Fristen würden zudem die Planbarkeit auch bei Ergriffung von Rechtsmitteln vereinfachen, weil voraussehbar würde, bis wann Entscheide spätestens vorliegen werden.

Die KUVe stellt aus erwähnten Überlegungen folgenden Antrag:

1. Die Regierung wird beauftragt, unter Beizug der Bündner Gerichte, im Sinne der obigen Erwägungen Massnahmen zur deutlichen Reduktion der Dauer von Rechtsmittelverfahren zu prüfen und umzusetzen und wo nötig dem Grossen Rat zum Beschluss vorzulegen.
2. Die Regierung zeigt auf, mit welchen Massnahmen der Kanton Graubünden beim Bund auf eine Beschleunigung der Nachfolgeverfahren hinwirken kann.

Klosters, 15. Juni 2023

**Wilhelm**, Jochum, Gort, Berther, Berweger, Danuser (Cazis), Della Cà, Kohler, Mazzetta, Preisig, Sax



Sitzung vom

29. August 2023

Mitgeteilt den

31. August 2023

Protokoll Nr.

701/2023

### **Kommissionsauftrag KUVE**

betreffend erhebliche Beschleunigung von Rechtsmittelverfahren (Erstunterzeichner Wilhelm)

#### **Antwort der Regierung**

Baubewilligungs- und Planungsverfahren sind so auszugestalten, dass gewährleistet ist, dass die rechtlichen Vorgaben eingehalten werden. Diese Aufgabe wird aufgrund der gestiegenen Normdichte, der Verschärfung der Zielkonflikte und der teils gestiegenen Komplexität der Fälle immer herausfordernder. Dies schlägt sich insbesondere in einer Verlängerung der Verfahrensdauer nieder. Auf kantonaler Ebene wird versucht, diesem Trend entgegenzuwirken (z.B. Umsetzung Auftrag Crameri betreffend Vereinfachung und Beschleunigung des Baubewilligungsverfahrens, Einführung eBBV und Meldeverfahren). Solche Massnahmen haben stets die Grundrechte und die weiteren bundesrechtlichen Vorgaben zu respektieren, was den Handlungsspielraum des kantonalen Gesetzgebers und der verfahrensführenden Behörden einschränkt.

*Zu Punkt 1:* Die bundesrechtlichen Vorgaben schliessen die Straffung des kantonalen Rechtsmittelzugs grundsätzlich aus. Anders als in anderen Kantonen gibt es im Kanton Graubünden weder ein Baurekursgericht (Spezialgericht) noch eine kantonale Baudirektion, die dem Verwaltungsgericht als Vorinstanz vorgeschaltet ist. Bau- und planungsrechtliche Entscheide können grundsätzlich direkt beim Verwaltungsgericht angefochten werden. Dies trifft nur dann nicht zu, wenn Gemeinden über einen gemeindeinternen Instanzenzug (Baukommission -> Gemeindevorstand) verfügen. Einzig dieser Rechtsmittelzug könnte abgeschafft werden. Da nur wenige Gemeinden eine solche Regelung kennen, kann das Verfahren hierdurch aber nur in wenigen Fällen beschleunigt werden. Ansonsten kann der Rechtsmittelzug wegen der bundesrechtlichen Vorgaben nicht weiter verkürzt werden.

Noch enger ist der kantonale Regelungsspielraum bezüglich des Rechtschriftenwechsels. Nach gefestigter bundesgerichtlicher Rechtsprechung haben die Parteien ein unbedingtes Replikrecht, d.h. ein Anrecht darauf, zu sämtlichen Eingaben der Gegenpartei Stellung nehmen zu dürfen, wenn sie dies möchten (BGE 138 I 154).

Dieser verfassungsmässige Anspruch lässt die Beschneidung des Rechtsschriftenwechsels nicht zu. Auch der Beschränkung der Länge von Rechtsschriften und der Ablehnung von Fristerstreckungsgesuchen werden dadurch enge Grenzen gesetzt. Dagegen bestehen kaum bundesrechtliche Vorgaben bezüglich der Rechtsmittel- und Behandlungsfristen. Fristenregelungen können in bestimmten Fällen zu einer Verfahrensbeschleunigung führen. Sie bergen aber auch erhebliche Gefahren in sich. So nimmt die Qualität der Eingaben bei kurzen Fristen tendenziell ab. Dadurch erhöht sich der Aufwand für die verfahrensleitende Behörde, was sich negativ auf die Verfahrensdauer auswirkt (z.B. vermehrtes Nachfragen erforderlich). Werden Behandlungsfristen vorgesehen, so kann dies dazu führen, dass nur mehr oberflächlich abgeklärt und begründet werden kann. Hierunter leidet die Qualität der Entscheide, was die Wahrscheinlichkeit von Weiterzügen erhöht, womit die Verfahren im Endeffekt verlängert werden.

Behandlungsfristen führen ausserdem nur zu einer Verfahrensbeschleunigung, wenn die nötigen personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Ansonsten führt die Priorisierung bestimmter Verfahren nur zu einer Umlagerung, mit der Wirkung, dass andere Verfahren länger dauern. Die durchschnittliche Dauer aller bearbeiteten Fälle ändert sich in diesem Fall nicht. Die gewünschte Verfahrensbeschleunigung kann deshalb letztlich nur durch eine Aufstockung der personellen Ressourcen erzielt werden. Um eine personelle Aufstockung hat sich das Verwaltungsgericht letztmals in der Junisession 2023 bemüht. Diesem Antrag hat der Grosse Rat nur teilweise entsprochen. Im Budgetprozess kann der Grosse Rat die personellen Ressourcen des Verwaltungsgerichts aber immer noch erhöhen, indem er zusätzliche Mittel z.B. für die Schaffung von Aktuariatsstellen beim Verwaltungsgericht bereitstellt. Zudem kann der Grosse Rat ausserordentliche Richterstellen schaffen. So kann die Dotation des Verwaltungsgerichts im erforderlichem Ausmass erhöht werden.

*Zu Punkt 2:* Wie die bundesrechtlichen Nachfolgeverfahren ausgestaltet werden und wie die Behörden, welche hiermit befasst sind, dotiert werden, bestimmt der Bund. Die Einflussmöglichkeiten des Kantons sind hier deshalb eng begrenzt.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

# CUSSEGL GROND

Sessiun da zercladur 2023

## **Incumbensa da la Cumissiun per ambient, traffic ed energia (CATE) concernent l'acceleraziun considerabla da las proceduras da meds legals (emprim sutsegnader Wilhelm)**

Projects da construcziun da tut gener èn adina pli savens confruntads cun lungas proceduras pervia da protestas e recurs. Uschia pon projects da construcziun privats e publics impurtants, per exempel per construir avunda emprimas abitaziuns u per producir energia regenerabla e.u.v., vegnir retardads per part per plirs onns e/u daventar considerablmain pli chars. Las proceduras da meds legals duran savens ditg. Il motiv per far protesta e recurs è perquai adina pli savens quel da retardar in project. Vischinas e vischins prendan ils meds legals er per survegnir ina indemniziun finanziaria. L'intent giuridic sco tal da la procedura vegn uschia sutminà ed investiziuns impurtantas en ils secturs da construcziun, da traffic, d'ambient e d'energia vegnan bloccadas.

Ord vista dal stadi da dretg reconuscha la CATE la necessitad da laschar giuditgar las decisiuns da la planisaziun dal territori e las decisiuns da construcziun tras ina dretgira. Betg sco ultim per impedir l'arbitrariadad da las autoritads e per garantir che las leschas vertentas vegnian observadas. Considerond ina planisaziun dal territori efficazia ed il svilup da l'economia publica èsi però da gronda impurtanza, che las proceduras correspundentas gidian a sclerir uschè svelt sco pussaivel la situaziun giuridica.

Per quests motifs è la CATE da l'avis ch'i saja central da reducir cleramain la durada da las proceduras da meds legals. Mesiras processualas sco l'introducziun (sche anc betg avant maun), la reducziun da la durada (sch'i na valan betg anc termins minimals) u l'intensificaziun da l'effect dals termins per las partidas, per las autoritads e per las dretgiras, la limitaziun da la correspundenza, il relasch da prescripziuns restrictivas per actas giuridicas, l'acceleraziun da las proceduras en cas clers, ma er mesiras organisatoricas a las dretgiras, sco p.ex. l'introducziun d'ina dretgira speziala u l'augment da las resursas e.u.v., duain vegnir examinadas e realisadas.

La CATE è da l'avis, che proceduras cleramain pli curtas portian in grond niz per l'economia publica e che quest niz legitimeschia investiziuns necessarias en proceduras pli sveltas. Termins clers simplifitgassan ultra da quai la planisabladad er en cas da meds legals, perquai ch'i fiss previsibel, cura ch'ina decisiun fiss avant maun il pli tard.

Per ils motifs menziunads fa la CATE la suandanta pretensiun:

1. La Regenza vegn incumbensada d'examinar e da realisar – consultond las dretgiras grischunas ed en il senn da las consideraziuns qua survart – mesiras per reducir cleramain la durada da las proceduras da meds legals e – sche necessari – da suttametter questas mesiras al Cussegl grond per la conclusiun.
2. La Regenza preschenta las mesiras ch'il chantun Grischun po prender per s'engaschar sin plaun federal per in'acceleraziun da las proceduras da meds legals.

Claustra, ils 15 da zercladur 2023

**Wilhelm**, Jochum, Gort, Berther, Berweger, Danuser (Cazas), Della Cà, Kohler, Mazzetta, Preisig, Sax



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

29 d'avust 2023

31 d'avust 2023

701/2023

### **Incumbensa da la Cumissiun per ambient, traffic ed energia (CATE)**

concernent l'acceleraziun considerabla da las proceduras da meds legals  
(emprim sutsegnader Wilhelm)

#### **Resposta da la Regenza**

Las proceduras da planisaziun e las proceduras per la permissiun da construcziun ston vegnir concepidas en ina moda che garantescha, che las prescripziuns giuridicas vegnian observadas. Perquai ch'i dat adina dapli normas, perquai ch'ils conflicts d'interess creschan e perquai ch'ils cas èn adina pli cumplexs, daventa questa incumbensa pli e pli pretensiusa. Tut quai chaschuna en spezial ina prolungaziun da las proceduras. Sin plaun chantunal vegni empruvà da far frunt a questa tendenza (p.ex. cun realisar l'incumbensa Cramerer concernent la simplificaziun e l'acceleraziun da la procedura per la permissiun da construcziun, cun introducir la ePPC e la procedura d'annunzia). Talas mesiras ston adina respectar ils dretgs fundamentals e las ulteriuras prescripziuns dal dretg federal, quai che restrenscha la libertad d'agir dal legislatur chantunal e da las autoritads che mainan las proceduras.

*Tar il punct 1:* Las prescripziuns dal dretg federal na permettun da princip betg da scursanir la via dals meds legals sin plaun chantunal. Auter ch'en auters chantuns na datti en il chantun Grischun betg ina istanza che preceda la Dretgira administrativa, sco ina dretgira da recurs da construcziun (dretgira speziala) u ina direcziun chantunala da construcziun. Decisiuns tenor il dretg da construcziun e da planisaziun pon da princip vegnir contestadas directamain davant la Dretgira administrativa. Mo sche las vischnancas han ina via d'istanzas communalas (cumissiun da construcziun -> suprastanza communal), n'è quai betg pussaivel. Sulettamain questa via da meds legals pudess pia vegnir abolida. Cunquai che mo paucas vischnancas enconuschan ina tala regulaziun, po la procedura però vegnir accelerada cun questa mesira mo en paucs cas. Pervia da las prescripziuns dal dretg federal na po la via da meds legals uschiglio betg vegnir scursanida pli fitg.

Anc pli pitschnas èn las libertads da regulaziun sin plaun chantunal areguard la correspundenza giuridica. Tenor la giurisdicziun etablida dal Tribunal federal han las partidas in dretg da replica absolut, q.v.d. in dretg da pudair prender posiziun tar mintga inoltraziun da la cuntrapartida, sch'ellas vulan (DTF 138 I 154). Quest dretg costituziunal na permetta naginas restricziuns da la correspundenza giuridica. Er

per limitar la lunghezza da las actas giuridicas e per refusar dumondas da prolungar termins existan cunfins stretgs.

Percunter na datti quasi naginas prescripziuns dal dretg federal per ils termins dals meds legals e per ils termins da tractar quels. En tsherts cas pon regulaziuns dals termins accelerar ina procedura, ma ellas cuntegnan er privels considerabels. Uschia patescha tendenzialmain la qualidad da las inoltraziuns, sch'ils termins èn curts. Tras quai s'augmenta la lavur per l'autorità che maina la procedura, quai che ha consequenzas negativas per la durada da la procedura (p.ex. perquai ch'ella sto dumandar suenter pli savens). Sch'i vegnan fixads termins da tractament, po quai avoir la consequenza, ch'i pon vegnir fatgs mo pli scleriments superficials e formuladas motivaziuns pauc detagliadas. Tras quai patescha la qualidad da las decisiuns, quai che augmenta la probabilitad da recurs e prolunghescha la finala las proceduras.

Plinavant accelereschan termins da tractament las proceduras mo, sch'i vegnan messas a disposiziun las resursas persunalas necessarias. Uschiglio chaschuna la priorisaziun da tshertas proceduras mo in spustament, cun l'effect che autras proceduras duran pli ditg. En quest cas na sa mida la durada media da tut ils cas elavurads betg. L'acceleraziun da las proceduras che vegn giavischada po perquai la finala vegnir cuntanschida mo cun augmentar las resursas persunalas. Per in augment dal personal è la Dretgira administrativa sa stentada l'ultima giada en la sessiun da zercladur 2023. Il Cussegl grond ha acceptà mo per part questa dumonda. En il process da budgetaziun po il Cussegl grond dentant anc adina augmentar las resursas persunalas da la Dretgira administrativa, cun metter a disposiziun meds finansials supplementars p.ex. per stgaffir plazzas d'actuariat tar la Dretgira administrativa. Plinavant po il Cussegl grond stgaffir plazzas da derschadras e derschaders extraordinaris. Uschia po la dotaziun da la Dretgira administrativa vegnir auzada en la dimensiun necessaria.

*Tar il punct 2:* Co che las proceduras da meds legals tenor il dretg federal vegnan concepidas e co che las autoritads che s'occupan da questas proceduras, vegnan dotadas, decida la Confederaziun. Las pussaivladads dal chantun d'influenzar quai èn pia fitg limitadas.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "P. Peyer".

Peter Peyer

Il chancelier:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin

# GRAN CONSIGLIO

Sessione di giugno 2023

## **Incarico di commissione CATE concernente l'importante accelerazione di procedure di impugnazione (primo firmatario Wilhelm)**

Nel quadro dei progetti di costruzione di ogni tipo, il rischio di procedure che durano anni a seguito di opposizioni e ricorsi preoccupa sempre più. Progetti di costruzione privati e pubblici importanti, ad esempio per la creazione di sufficienti abitazioni primarie o per la produzione di energia rinnovabile, ecc., possono così subire ritardi di più anni e/o risultare molto più cari. A seguito della lunga durata delle procedure di impugnazione, le opposizioni e i ricorsi vengono sempre più spesso utilizzati per provocare ritardi o da vicini per ottenere indennizzi finanziari. Questo pregiudica lo scopo stesso dello stato di diritto delle procedure e importanti investimenti nei settori edilizia, traffico, ambiente ed energia vengono ostacolati.

Dal punto di vista dello stato di diritto la CATE riconosce la necessità di procedere a un esame giudiziario di decisioni relative alla pianificazione del territorio o edilizie. Non da ultimo a protezione dell'arbitrio delle autorità e per garantire il rispetto delle leggi esistenti. Tuttavia, in considerazione di una pianificazione del territorio efficace e dello sviluppo economico, è fondamentale che le corrispondenti procedure contribuiscano nel modo più rapido possibile al chiarimento della situazione di diritto.

Per questi motivi, dal punto di vista della CATE sembra essenziale che la durata delle procedure di impugnazione venga notevolmente ridotta. A questo scopo occorre considerare e attuare provvedimenti procedurali come l'introduzione (dove non ancora presente), l'accorciamento (dove non vigono già dei termini minimi) o l'inasprimento di termini per le parti, le autorità e i tribunali, la limitazione della corrispondenza, l'emanazione di direttive restrittive per le memorie, l'accelerazione di procedure in casi chiari, ma anche provvedimenti organizzativi in seno ai tribunali come ad es. l'introduzione di un tribunale speciale o l'aumento delle risorse, ecc.

La CATE ritiene che la netta riduzione della durata delle procedure abbia un grande beneficio economico che legittima gli investimenti necessari in procedure più rapide. Termini chiari semplificherebbero inoltre la pianificazione anche nel quadro del ricorso a rimedi giuridici, siccome si potrebbe prevedere entro quando al più tardi sarebbero disponibili le decisioni.

Sulla base delle considerazioni citate, la CATE formula il seguente incarico:

1. Il Governo viene incaricato di considerare e attuare, coinvolgendo i tribunali grigionesi, provvedimenti per la netta riduzione della durata delle procedure di impugnazione ai sensi delle considerazioni di cui sopra, e dove necessario di sottoporle al Gran Consiglio per decisione.
2. Il Governo indica i provvedimenti con i quali il Cantone dei Grigioni può influire a livello federale per l'accelerazione delle procedure successive.

Klosters, 15 giugno 2023

**Wilhelm, Jochum, Gort, Berther, Berweger, Danuser (Cazis), Della Cà, Kohler, Mazzetta, Preisig, Sax**



Seduta del

29 agosto 2023

Comunicato il

31 agosto 2023

Protocollo n.

701/2023

### **Incarico di commissione CATE**

concernente l'importante accelerazione di procedure di impugnazione (primo firmatario Wilhelm)

### **Risposta del Governo**

Le procedure per il rilascio della licenza edilizia e le procedure d'approvazione dei piani devono essere organizzate in modo da garantire il rispetto delle direttive giuridiche. Questo compito risulta sempre più difficile a seguito della crescente densità normativa, dell'inasprimento dei conflitti d'interesse e della complessità in parte maggiore dei casi. Questo si riflette in particolare nell'aumento della durata dei procedimenti. A livello cantonale si cerca di contrastare questa tendenza (ad es. attuazione dell'incarico Cramerli concernente la semplificazione e l'accelerazione della procedura per il rilascio della licenza edilizia, introduzione della PERLE e della procedura di notifica). Queste misure devono sempre rispettare il diritto fondamentale e le altre direttive del diritto federale, fatto che limita il margine di manovra del legislatore cantonale e delle autorità responsabili dei procedimenti.

*In merito al punto 1:* le direttive di diritto federale escludono in linea di principio lo snellimento delle vie di ricorso cantonali. A differenza di altri Cantoni, nel Cantone dei Grigioni non esiste né un tribunale competente in materia di ricorsi edilizi (tribunale speciale) né una direzione lavori cantonale anteposta al Tribunale amministrativo in qualità di autorità precedente. In linea di principio è possibile impugnare le decisioni di diritto in materia di costruzione e pianificazione direttamente dinanzi al Tribunale amministrativo. Questo non è possibile solo nel caso in cui i comuni dispongano di una via di ricorso interna al comune (commissione edilizia -> municipio). Sarebbe possibile abolire solo questa via di ricorso. Dato che solo pochi comuni prevedono una regolamentazione simile, ciò comporterebbe un'accelerazione del procedimento solo in pochi casi. Per il resto le vie di ricorso non possono essere ulteriormente accorciate a seguito delle direttive di diritto federale.

Il margine di regolamentazione cantonale risulta ancora più limitato per quanto riguarda lo scambio di memorie. Secondo la giurisprudenza consolidata del tribunale federale le parti hanno un diritto assoluto di replica, ciò significa il diritto di prendere posizione in merito a tutte le istanze della controparte, se lo desiderano (DTF 138 I 154). Questo diritto costituzionale non permette di accorciare lo scambio di memorie.

Ciò pone confini severi anche alla limitazione della lunghezza delle memorie e al rifiuto di domande di proroga dei termini.

Per contro non esistono quasi direttive di diritto federale relative ai termini d'impugnazione e di evasione. In alcuni casi regolamentazioni dei termini possono portare a un'accelerazione dei procedimenti. Tuttavia celano anche rischi considerevoli. Ad esempio la qualità delle istanze in caso di termini brevi tende a diminuire. Ciò aumenta l'onere per l'autorità che dirige il procedimento, fatto che a sua volta ha effetti negativi sulla durata del procedimento (ad es. sono necessari più richieste di chiarimenti). Qualora dovessero essere previsti termini di evasione, ciò potrebbe comportare accertamenti e motivazioni solo superficiali. Ne risentirebbe la qualità delle decisioni, ciò che aumenterebbe la probabilità di impugnazioni, che in fin dei conti prolungano il procedimento.

I termini di evasione comportano inoltre un'accelerazione del procedimento solo se sono disponibili le risorse necessarie in termini di personale. Altrimenti l'evasione prioritaria di determinati procedimenti porta solo a un trasferimento con l'effetto di prolungare altri procedimenti. In questo caso la durata media di tutti i casi evasi non cambia. L'accelerazione auspicata dei procedimenti può quindi essere ottenuta in ultima analisi solo attraverso un potenziamento delle risorse in termini di personale. Il Tribunale amministrativo è intervenuto a favore di un aumento del personale per l'ultima volta in occasione della sessione di giugno 2023. Il Gran Consiglio ha accolto solo in parte tale richiesta. Tuttavia il Gran Consiglio può ancora aumentare le risorse in termini di personale del Tribunale amministrativo nel processo di allestimento del preventivo, mettendo a disposizione ad es. mezzi supplementari per la creazione di posti quale attuario del Tribunale amministrativo. Inoltre il Gran Consiglio può creare posti di giudice straordinari. In questo modo la dotazione del Tribunale amministrativo può essere aumentata nella misura necessaria.

*In merito al punto 2:* è la Confederazione a stabilire come organizzare le procedure successive di diritto federale e come dotare le autorità che se ne occupano. Pertanto per il Cantone le possibilità di influire sono molto limitate.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Peter Peyer

Il Cancelliere:

Daniel Spadin